



Kanton Bern

Positionspapier Energie

Zusammenfassung:

- Der geordnete Atomausstieg ist umzusetzen.
- Die erneuerbaren Energien sind unter der Berücksichtigung ihrer Wirtschaftlichkeit zu fördern.
- Energiestrategie des Kantons Bern muss überarbeitet werden.

Ausgangslage und Problemformulierung:

- Der bis 2034 vollzogene Ausstieg aus der mit radioaktiven Spaltprodukten belasteten Kernenergie ist eine beschlossene Tatsache.
- Das Wachstum der Wirtschaft und der Bevölkerung sowie die Steigerung der Komfortansprüche verursachen eine Zunahme des Energiebedarfs.
- Die Anlagen zur Produktion erneuerbarer Energien sind in ihrer Auswirkung auf die Umwelt sehr verschieden und müssen differenziert beurteilt werden.
- Es gibt weitere alternative, umweltverträgliche Mittel für die Energieproduktion, die technisch noch nicht ausgereift sind (Fusion, Vakuumenergie, Grätzel-Zelle u.a.).
- Unsere eigenen Ressourcen und hier vor allem die Wasserkraft werden durch die europäische Strommarkt-Liberalisierung benachteiligt.
- Die BDP Kanton Bern hat dem fortschrittlichen und weitsichtigen kantonalen Energiegesetz zum Durchbruch verholfen und ist bestrebt, dieses bei grundlegend neuen technischen Entwicklungen anzupassen.
- Die Minergie-Standards und das Gebäudeprogramm erfüllen die heutigen Anforderungen bezüglich den CO₂-Sparquoten nicht.
- Dampfdurchlässige Wärmedämmung für die im Gebäude selbst produzierte Abwärme erfüllt die Klimaanforderungen im Sommer und Winter.
- Zwangsbelüftung braucht zusätzlich Energie und erfordert konsequenterweise Energierückgewinnung.

Problemlösung und konkrete Massnahmen:

- Die Kernenergie muss mit Einsparungen durch Energieeffizienzmassnahmen und mit erneuerbarer Energie ersetzt werden.
- Erneuerbare Energieträger sind konsequent zu fördern, ebenso die Anlagen mit Hybrid-Solarkollektoren inkl. Erdwärmespeicherung (z. B. ZE-2SOL), da sie den CO₂ - Ausstoss optimal vermindern.
- Die vollständige, nachhaltige Nutzung des inländischen Biomasse-Energiepotenzials ist anzustreben.
- Der Anteil der CO₂-Lenkungsabgaben ist zugunsten erneuerbarer Energien zu erhöhen.
- Die Prioritäten der Förderbeiträge sind auf die Energieproduktion, Gewinnung und Speicherung zu setzen und weniger auf die Gebäudewärmedämmung.

- Für Anlagen zur Nutzung erneuerbarer Energien (Solar-, Geothermie- und grosse Wasserkraftwerke) sind Lockerungen der Bau- und Schutzgesetzgebung anzustreben.
- Projekte für neue Windkraft- und kleine Wasserkraftwerke sind bezüglich ihrer Wirtschaftlichkeit, Umwelt- und Tourismusverträglichkeit vorgängig zu prüfen.
- Die BDP Kanton Bern setzt bei ihrer Energiepolitik stärker auf Anreize und Selbstverantwortung und weniger auf Subventionen und Verbote.
- Energieregionen analog der Energieregion BE/SO sind zu fördern.

Forderungen und Massnahmen der BDP Kanton Bern:

- Die geltende Energiestrategie 2006 für den Kanton Bern muss revidiert werden, weil heute die Teilssegmente Strom, Wärme und Mobilität in ein Gesamtpaket gehören und das KKW Mühleberg 2019 ausser Betrieb gesetzt wird.
- Klare, einfache Bewilligungsverfahren für Bauprojekte von erneuerbaren Energien müssen im Zuge der Revision des Baugesetzes erarbeitet werden.
- Die BDP Kanton Bern fordert, dass sich der Kanton Bern bei den Bundesbehörden für die prioritäre Nutzung der einheimischen, erneuerbaren Energieproduktion einsetzt.
- In folgenden Bereichen muss von den Bundesbehörden die Forschung dringend gefördert werden:
1. Neue umweltverträgliche Energiequellen 2. Smart-Grid (Dezentrale Einspeisung, Energieeffizienz und veränderliche Stromproduktion) 3. Speichertechnologien
- Als Anschubfinanzierung und gleichzeitige Übergangslösung sind mit der kostendeckenden Einspeisevergütung (KEV) stabile Rahmenbedingungen für Klein- und Grossinvestoren zu schaffen.
- Die Minergie-Standards und das Gebäudeprogramm müssen differenziert betrachtet und überarbeitet werden. Dabei geht es auch um die direkte Ausnützung der Strahlungswärme des Sonnenlichts für Heizung und Warmwasser vor Ort.
- Die bestehenden, ortsfesten elektrischen Widerstandsheizungen sind durch Wärmepumpen bzw. durch Wärmeerzeuger für fossilfreie Treibstoffe zu ersetzen.
- Brauchwasser- und andere Wärmespeicher sind so bald wie möglich nur zwischen 10.00 und 18.00 Uhr aufzuladen und die Elektrotarife entsprechend anzupassen.
- Die BDP setzt sich für wirksame Lenkungsabgaben ein, die mittelfristig Subventionen und Vorschriften reduzieren oder ganz ersetzen können.